Änderung der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)
für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
des Landkreises Bad Dürkheim (Krankenhausträger)

AVB vom 01. August 2005

AVB vom 01. Juli 2020
(Änderungen)

<p>§ 2 Rechtsverhältnis (2) Die AVB werden für Patienten wirksam, wenn diese</p>	<p>§ 2 Rechtsverhältnis (2) Die AVB werden gemäß §§ 305 ff. BGB für Patienten wirksam, wenn diese</p>
<p>§ 3 Umfang der Krankenhausleistungen (2) Allgemeine Krankenhausleistungen sind diejenigen Krankenhausleistungen, die unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses im Einzelfall nach Art und Schwere der Erkrankung des Patienten für die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung notwendig sind. Unter diesen Voraussetzungen gehören dazu auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) die während des Krankenhausaufenthalts durchgeführten Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten im Sinne des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), (b) die vom Krankenhaus veranlassten Leistungen Dritter, (c) die aus medizinischen Gründen notwendige Mitaufnahme einer Begleitperson des Patienten, (d) die besonderen Leistungen von Tumorzentren und onkologischen Schwerpunkten für die stationäre Versorgung von krebskranken Patienten. (e) die Frührehabilitation im Sinne von § 39 Abs. 1 Satz 3 SGB 	<p>§ 3 Umfang der Krankenhausleistungen (2) Allgemeine Krankenhausleistungen sind diejenigen Krankenhausleistungen, die unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauses im Einzelfall nach Art und Schwere der Erkrankung des Patienten für die medizinisch zweckmäßige und ausreichende Versorgung notwendig sind. Unter diesen Voraussetzungen gehören dazu auch:</p> <ul style="list-style-type: none"> (a) die während des Krankenhausaufenthalts durchgeführten Maßnahmen zur Früherkennung von Krankheiten im Sinne des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V), (b) die vom Krankenhaus veranlassten Leistungen Dritter, (c) die aus medizinischen Gründen notwendige Mitaufnahme einer Begleitperson des Patienten, (d) die besonderen Leistungen von Tumorzentren und onkologischen Schwerpunkten für die stationäre Versorgung von krebskranken Patienten. (e) die Frührehabilitation im Sinne von § 39 Abs. 1 Satz 3 SGB (f) das Entlassmanagement im Sinne des § 39 Abs. 1a SGB V.

**Änderung der Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)
für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
des Landkreises Bad Dürkheim (Krankenhausträger)**

AVB vom 01. August 2005

**AVB vom 01. Juli 2020
(Änderungen)**

<p>§ 3 Umfang der Krankenhausleistungen (7) Nicht Gegenstand der Krankenhausleistungen sind</p> <p>a) die Dialyse, wenn hierdurch eine entsprechende Behandlung fortgeführt wird, das Krankenhaus keine eigene Dialyseeinrichtung hat und ein Zusammenhang mit dem Grund der Krankenhausbehandlung nicht besteht.</p> <p>b) die Leistungen der Belegärzte, der Beleghebammen,</p> <p>c) Hilfsmittel, die dem Patienten bei Beendigung des Krankenhausaufenthaltes mitgegeben werden (z.B. Prothesen, Unterarmstützkrücken, Krankenfahrstühle),</p> <p>d) die Leichenschau und die Ausstellung einer Todesbescheinigung,</p> <p>e) Leistungen, die nach Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses gemäß § 137 c SGB V nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht werden dürfen.</p>	<p>§ 3 Umfang der Krankenhausleistungen (7) Nicht Gegenstand der Krankenhausleistungen sind</p> <p>a) die Dialyse, wenn hierdurch eine entsprechende Behandlung fortgeführt wird, das Krankenhaus keine eigene Dialyseeinrichtung hat und ein Zusammenhang mit dem Grund der Krankenhausbehandlung nicht besteht.</p> <p>b) die Leistungen der Belegärzte, der Beleghebammen,</p> <p>c) Hilfsmittel, die dem Patienten bei Beendigung des Krankenhausaufenthaltes mitgegeben werden (z.B. Prothesen, Unterarmstützkrücken, Krankenfahrstühle),</p> <p>d) die Leichenschau und die Ausstellung einer Todesbescheinigung,</p> <p>e) Leistungen, die nach Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses gemäß § 137 c SGB V nicht zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung erbracht werden dürfen,</p> <p>f) Dolmetscherkosten.</p>
<p>§ 4 Aufnahme, Verlegung, Entlassung (5) Entlassen wird,</p> <p>a) wer nach dem Urteil des behandelnden Krankenhausarztes der vollstationären oder teilstationären Behandlung nicht mehr bedarf,</p> <p>b) wer die Entlassung ausdrücklich wünscht.</p> <p>Besteht der Patient entgegen ärztlichem Rat auf seiner Entlassung oder verlässt er eigenmächtig das Krankenhaus, haftet das Krankenhaus für die entstehenden Folgen nicht.</p> <p>Eine Begleitperson wird entlassen, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 3 nicht mehr gegeben sind.</p>	<p>§ 4 Aufnahme, Verlegung, Entlassung (5) Entlassen wird,</p> <p>a) wer nach dem Urteil des behandelnden Krankenhausarztes der vollstationären oder teilstationären Behandlung nicht mehr bedarf,</p> <p>b) wer die Entlassung ausdrücklich wünscht.</p> <p>Besteht der Patient entgegen ärztlichem Rat auf seiner Entlassung oder verlässt er eigenmächtig das Krankenhaus, haftet das Krankenhaus für die entstehenden Folgen nicht.</p> <p>(6) Eine Begleitperson wird entlassen, wenn die Voraussetzungen nach Absatz 3 nicht mehr gegeben sind.</p>

Änderung der **Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)**
für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
des Landkreises Bad Dürkheim (Krankenhausträger)

AVB vom 01. August 2005

**AVB vom 01. Juli 2020
(Änderungen)**

<p>§ 5 Vor- und nachstationäre Behandlung (2) Die vorstationäre Krankenhausbehandlung, die drei Behandlungstage innerhalb von fünf Kalendertagen nicht überschreiten darf, wird beendet,</p> <p>(3) Die nachstationäre Krankenhausbehandlung, die sieben Behandlungstage innerhalb von vierzehn Kalendertagen nicht überschreiten darf, wird beendet,</p> <p>a) wenn der Behandlungserfolg nach Entscheidung des Krankenhausarztes gesichert oder gefestigt ist,</p> <p>b) wenn der Patient die Beendigung ausdrücklich wünscht oder die Behandlung abbricht.</p> <p>Gleichzeitig endet auch der Behandlungsvertrag.</p> <p>Die Frist von 14 Tagen kann in medizinisch begründeten Einzelfällen im Einvernehmen mit dem einweisenden Arzt verlängert werden.</p> <p>Eine notwendige ärztliche Behandlung außerhalb des Krankenhauses während der vor- und nachstationären Behandlung wird im Rahmen des Sicherstellungsauftrages durch die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte gewährleistet und ist nicht Gegenstand der Krankenhausleistung.</p> <p>(4) Das Krankenhaus unterrichtet den einweisenden Arzt unverzüglich über die vor- und nachstationäre Behandlung des Patienten.</p>	<p>§ 5 Vor- und nachstationäre Behandlung (2) Die vorstationäre Krankenhausbehandlung, die drei Behandlungstage innerhalb von fünf Kalendertagen vor Beginn der stationären Behandlung nicht überschreiten darf, wird beendet,</p> <p>(3) Die nachstationäre Krankenhausbehandlung, die sieben Behandlungstage innerhalb von 14 Kalendertagen nicht überschreiten darf, wird beendet,</p> <p>a) wenn der Behandlungserfolg nach Entscheidung des Krankenhausarztes gesichert oder gefestigt ist,</p> <p>b) wenn der Patient die Beendigung ausdrücklich wünscht oder die Behandlung abbricht.</p> <p>Gleichzeitig endet auch der Behandlungsvertrag.</p> <p>Die Frist von 14 Tagen kann in medizinisch begründeten Einzelfällen im Einvernehmen mit dem einweisenden Arzt verlängert werden.</p> <p>(4) Eine notwendige ärztliche Behandlung außerhalb des Krankenhauses während der vor- und nachstationären Behandlung wird im Rahmen des Sicherstellungsauftrages durch die an der vertragsärztlichen Versorgung teilnehmenden Ärzte gewährleistet und ist nicht Gegenstand der Krankenhausleistung.</p> <p>(5) Das Krankenhaus unterrichtet den einweisenden Arzt unverzüglich über die vor- und nachstationäre Behandlung des Patienten sowie diesen und die an der weiteren Krankenhausbehandlung jeweils beteiligten Ärzte über die Kontrolluntersuchungen und deren Ergebnis.</p>
<p>§ 8 Praxisgebühr</p>	<p>Ab 1. Januar 2013 entfiel die Praxisgebühr</p>

Änderung der **Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)**
für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
des Landkreises Bad Dürkheim (Krankenhausträger)

AVB vom 01. August 2005

**AVB vom 01. Juli 2020
(Änderungen)**

<p>Bei volljährigen Patienten, die bei einer gesetzlichen Krankenkasse versichert sind, berechnet das Krankenhaus je Kalendervierteljahr für jede erste ambulante Behandlung durch das Krankenhaus (Notfallbehandlung, ambulante Operation und stationärsersetzender Eingriff), die nicht auf Überweisung aus demselben Kalendervierteljahr erfolgt, eine Zuzahlung nach Maßgabe des § 28 Abs. 4 SGB V (Praxisgebühr). Der Zuzahlungsbetrag beläuft sich auf 10,00 €. Dieser Betrag wird im Rahmen der Abrechnung des Krankenhauses gegenüber der Krankenkasse mit der Vergütung verrechnet.</p>	<p>ersatzlos</p>
<p>§ 9 Abrechnung des Entgeltes bei gesetzlich Krankenversicherten und Heilfürsorgeberechtigten</p>	<p>§ 8 Abrechnung des Entgeltes bei gesetzlich Krankenversicherten und Heilfürsorgeberechtigten</p>
<p>§ 10 Abrechnung des Entgeltes bei Selbstzahlern (2) Selbstzahler sind zur Entrichtung des Entgelts für die Krankenhausleistungen verpflichtet. Sofern der Patient als Versicherter einer privaten Krankenversicherung von der Möglichkeit einer direkten Abrechnung zwischen dem Krankenhaus und dem privaten Krankenversicherungsunternehmen Gebrauch macht, werden Rechnungen unmittelbar gegenüber dem privaten Krankenversicherungsunternehmen erteilt. Voraussetzung für eine solche Direktabrechnung ist, dass der Versicherte schriftlich eine Einwilligung, die jederzeit widerrufen werden kann, erklärt, dass die Daten nach § 301 SGB V maschinenlesbar an das private Krankenversicherungsunternehmen übermittelt werden.</p> <p>(6) Bei Zahlungsverzug können Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz pro Jahr (§ 288 BGB) berechnet werden; darüber hinaus können Mahngebühren in Höhe von EURO 7,50 berechnet werden,</p>	<p>§ 9 Abrechnung des Entgeltes bei Selbstzahlern (2) Selbstzahler sind zur Entrichtung des Entgelts für die Krankenhausleistungen verpflichtet. Sofern der Patient als Versicherter einer privaten Krankenversicherung von der Möglichkeit einer direkten Abrechnung zwischen dem Krankenhaus und dem privaten Krankenversicherungsunternehmen Gebrauch macht, werden Rechnungen unmittelbar gegenüber dem privaten Krankenversicherungsunternehmen erteilt. Voraussetzung für eine solche Direktabrechnung ist, dass der Versicherte schriftlich eine Einwilligung, die jederzeit widerrufen werden kann, erklärt, dass die Daten nach § 301 SGB V im Wege des elektronischen Datenaustauschs an das private Krankenversicherungsunternehmen übermittelt werden.</p> <p>(6) Bei Zahlungsverzug können Verzugszinsen in Höhe von fünf Prozentpunkten über dem Basiszinssatz pro Jahr (§ 288 BGB) berechnet werden; darüber hinaus können Mahngebühren in Höhe von EURO 3,00 für die erste Mahnung und EURO 6,00 für jede weitere</p>

Änderung der **Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)**
für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
des Landkreises Bad Dürkheim (Krankenhausträger)

AVB vom 01. August 2005

**AVB vom 01. Juli 2020
(Änderungen)**

<p>es sei denn, der Patient weist nach, dass kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.</p>	<p>Mahnung berechnet werden, es sei denn, der Patient weist nach, dass kein oder ein wesentlich geringerer Schaden entstanden ist.</p>
<p>§ 14 Vorauszahlungen, Abschlagszahlungen (2) Soweit das Krankenhaus auf der Grundlage von DRG nach § 17b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes abrechnet, kann es für Krankenhausaufenthalte eine angemessene Vorauszahlung verlangen, wenn und soweit ein Krankenversicherungsschutz nicht nachgewiesen wird.</p>	<p>§ 10 Vorauszahlungen, Abschlagszahlungen (2) Soweit das Krankenhaus auf der Grundlage von DRG nach § 17b des Krankenhausfinanzierungsgesetzes abrechnet, kann es für Krankenhausaufenthalte eine angemessene Vorauszahlung verlangen, wenn und soweit ein Krankenversicherungsschutz nicht nachgewiesen wird (§ 8 Abs. 7 Krankenhausentgeltgesetz - KHEntgG).</p>
<p>§ 12 Beurlaubung</p>	<p>§ 11 Beurlaubung</p>

Änderung der **Allgemeinen Vertragsbedingungen (AVB)**
für das Kreiskrankenhaus Grünstadt
des Landkreises Bad Dürkheim (Krankenhausträger)

AVB vom 01. August 2005

**AVB vom 01. Juli 2020
(Änderungen)**

§ 13 Ärztliche Eingriffe	§ 12 Ärztliche Eingriffe
<p>§ 14 Obduktion (4) Die Absätze 1 und 2 finden keine Anwendung bei einer Obduktion, die aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung von der zuständigen Behörde angeordnet ist.</p> <p>(5) §14 findet insgesamt keine Anwendung auf die Spende und Entnahme von Organen zum Zwecke der Übertragung auf andere Menschen. Hierfür sind ausschließlich die Regelungen des Transplantationsgesetzes maßgeblich.</p>	<p>§ 13 Obduktion (4) Die Absätze 1 und 3 finden keine Anwendung bei einer Obduktion, die aufgrund einer gesetzlichen Ermächtigung von der zuständigen Behörde angeordnet ist.</p> <p>(5) §13 findet insgesamt keine Anwendung auf die Spende und Entnahme von Organen und Geweben zum Zwecke der Übertragung auf andere Menschen. Hierfür sind ausschließlich die Regelungen des Transplantationsgesetzes maßgeblich.</p>
<p>§ 15 Aufzeichnungen und Daten (3) Das Recht des Patienten oder eines von ihm Beauftragten auf Einsicht in die Aufzeichnungen, ggf. auf Überlassung von Kopien auf seine Kosten und die Auskunftspflicht des behandelnden Krankenhausarztes bleiben unberührt.</p>	<p>§ 14 Aufzeichnungen und Daten (3) Das Recht des Patienten oder eines von ihm Beauftragten auf Einsicht in die Aufzeichnungen, ggf. auf Überlassung von Kopien auf seine Kosten und die Auskunftspflicht des behandelnden Krankenhausarztes bleiben unberührt. Die entsprechenden Kosten sind vom Patienten vor Übergabe zu erstatten.</p>
§ 16 Hausordnung	§ 15 Hausordnung
<p>§ 17 Eingebraachte Sachen (2) Geld und Wertsachen werden bei der Verwaltung in zumutbarer Weise verwahrt.</p>	<p>§ 16 Eingebraachte Sachen (2) Geld und Wertsachen werden bei der Verwaltung in für das Krankenhaus zumutbarer Weise verwahrt.</p>
§ 18 Haftungsbeschränkung	§ 17 Haftungsbeschränkung
§ 19 Zahlungsort	§ 18 Zahlungsort
<p>§ 20 Inkrafttreten Diese AVB treten am 01. August 2005 in Kraft. Gleichzeitig werden die AVB vom 01. Oktober 2003 aufgehoben.</p>	<p>§ 19 Inkrafttreten Diese AVB treten am 01. Juli 2020 in Kraft. Gleichzeitig werden die AVB vom 01. August 2005 aufgehoben.</p>